



## **PRESSEBERICHT**

### **BRÜSSEL, 23.01.2013**

## **4.000 wütende Arbeitnehmer zeigen dem Europaparlament und Europäische Kommission ihren Ärger**

Heute (23.01.2013) haben 4.000 aufgebrachte Arbeiter aus dem Bau-, Transport- und Landwirtschaftssektor ihre Wut über die wirtschaftliche Ausbeutung und das Sozialdumping vieler ausländischer Arbeitnehmer an ihren Arbeitsplätzen zum Ausdruck gebracht. Jeden Tag werden Tausende von Arbeitnehmern ausgebeutet und durch betrügerische Arbeitgeber und Vermittler gegeneinander ausgespielt, die die gesetzlichen und operativen Lücken nutzen, um Arbeitnehmer wie billige Ware auszubeuten. So werden ausländische Arbeitnehmer mit schönen Versprechungen gelockt, Briefkastenfirmen gegründet, falsche Arbeitsverträge und Dokumente erstellt, den Arbeitnehmern kein Sozialschutz gegeben, keine Überstunden ausbezahlt, keine Urlaubstage gewährt sowie hohe Beträge vom Lohn für Transportkosten, Unterbringung, Ernährung usw. einbehalten. Letztendlich sind die ausländischen Arbeitnehmer die Opfer und arbeiten lediglich für einen Bruchteil dessen, worauf sie normalerweise Anspruch haben.

Seit vielen Jahren sind die bestehenden Missbrauchsformen bestens bekannt. Leider sind die europäischen Politiker (insbesondere die Europäische Kommission) nicht bereit, die Probleme tatsächlich anzupacken. Die Europäische Kommission pocht ständig auf ihre Binnenmarktdogmen (wie Unternehmergeist, Vereinfachung der Verwaltungsarbeit, freier Wettbewerb ...) als Wundermittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Europa und zur Lösung des Arbeitslosenproblems. Die aktuelle europäische orthodoxe Arbeitsmarktpolitik versagt und beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Statt der europäischen Bürgerschaft nehmen Diskriminierung und Rassismus zu.

Die Arbeitnehmer aus dem Bau-, Transport- und Landwirtschaftssektor fordern, dass die europäischen Entscheidungsträger die bestehenden Probleme anerkennen und ohne ideologische Debatten tatkräftig anpacken. Es müssen konkrete und umsetzbare Maßnahmen ergriffen werden. Um den europäischen Arbeitsmarkt besser zu kontrollieren, verlangen die Gewerkschaften die Gründung einer Europol-Stelle für den Sozialbereich, einen europäischen Sozialausweis, europäische Haftung für Auftraggeber und Generalunternehmer, klare Definitionen, die zwischen echten Selbstständigen und Arbeitnehmern unterscheiden sowie strenge nationale Kontrollen mit klaren Zielsetzungen. **Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen müssen unserer europäischen Politiker mit Mut und Tatkraft handeln!**

#### Kontakt:

Werner Buelen  
EFBH, Sekretär Bau  
[wbuelen@efbh.be](mailto:wuelen@efbh.be)  
+32 (0)475 84 06 48